

Das von dem einflussreichen US-Thinktank Council on Foreign Relations herausgegebene außenpolitische Magazin FOREIGN AFFAIRS hält ein entspanntes Verhältnis zu Russland für erstrebenswert.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 056/17 – 12.04.17**

Russland, Trump und die Entspannung

Von Robert David English, FOREIGN AFFAIRS
US-RUSSIA.ORG, 15.03.17

(<http://us-russia.org/4692-russia-trump-and-a-new-dtente.html>)

In seiner ersten Pressekonferenz als Präsident der USA sagte Donald Trump nicht weniger als siebenmal, dass es "positiv", "gut" oder sogar "großartig" wäre, "wenn wir uns mit Russland vertragen könnten". Während Trump mit seinen politischen Absichten in Bezug auf China, Europa und den Mittleren Osten für Verwirrung gesorgt hat, bezog er gegenüber Russland eine in dreifacher Hinsicht sehr klare Position, mit der er sich deutlich von der großen Mehrheit der politischen Elite der USA abhebt. Erstens will Trump bei der Lösung globaler Probleme mit Moskau kooperieren, zweitens gibt er Washington die Schuld an den Spannungen mit Russland und drittens billigt er auch allen anderen Staaten zu, "zuvörderst ihre eigenen Interessen durchsetzen zu wollen"; diese Aussagen ergänzt er sogar noch mit der Einsicht, dass die USA nicht länger versuchen sollten, anderen Nationen ihren "American Way of Life" (s. https://de.wikipedia.org/wiki/American_Way_of_Life) aufzuzwingen.

Der von ihm angekündigte Politikwechsel lässt seine sehr realistische Position erkennen und könnte sich bei konsequenter Umsetzung als Heilmittel erweisen. 25 Jahre lang haben Republikaner und Demokraten eine Politik gegenüber Russland betrieben, die auf Moskau sehr gleichförmig wirkte. Washington hat keinerlei Rücksicht auf die Interessen Russlands genommen und häufig auch gegen das Völkerrecht verstoßen; man hat versucht, Moskau mit Militärallianzen und Handelsblöcken einzukreisen, die nur den Interessen der USA dienten. Deshalb kann es auch niemand verwundern, dass Russland Gegenmaßnahmen ergriffen hat. Wundern muss man sich allerdings darüber, dass die politische Elite der USA immer noch nicht begreifen will, was der außenpolitisch völlig unerfahrene Präsident Trump sofort erkannt hat.

Gedächtnisschwund

Die meisten US-Amerikaner sind sich des Einflusses vergangener US-Interventionen auf die heutige US-Politik bewusst; sie erinnern sich an die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten des Irans in den 1950er Jahren oder an US-Operationen in Lateinamerika in den 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre. Die Einmischung der USA in die russische Politik in den 1990er Jahren ist aber in einem blinden Fleck verschwunden. Viele US-Bürger betrachten den ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton immer noch als großen Wohltäter Russlands, der dem von Boris Jelzin regierten Land die Demokratie und freie Märkte bringen wollte. Die meisten Russen empfinden die US-Einmischung während der skandalträchtigen Regierungszeit Jelzins aber als Erniedrigung. Sie glauben nicht nur, dass Washington die Schwäche Russlands für die Durchsetzung eigener geopolitischer Ziele nutzte, sie nehmen den USA auch ihre wiederholte Einmischung in die russische Innenpolitik zur Stützung Jelzins übel, weil dessen chaotische Politik vor allem den Interessen der USA diene. Da sich die US-Bürger nicht mehr an diese Vorgänge erinnern, haben sie ein völlig falsches Bild vom erstem postkommunistischen Jahrzehnt in Russland.

Russlands Elend während der 1990er Jahre ist für Außenstehende nur schwer zu verstehen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 begann auch der Niedergang der russischen Wirtschaft, der mehr als acht Jahre andauerte. Obwohl die wirtschaftlichen Probleme Russland in den westlichen Medien kaum Beachtung fanden, waren sie viel schlimmer als die der USA während der Weltwirtschaftskrise; in den Jahren 1929 bis 1932 sank das Bruttoinlandsprodukt / BIP (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt>) der USA um 25 Prozent, in den Jahren 1990 bis 1998 stürzte das BIP Russlands sogar um 40 Prozent ab. Die Wirtschaft Russlands brach in den 1990er Jahren fast doppelt so tief ein, wie die der USA in der Großen Depression, dauerte beinahe dreimal so lang und wirkte sich viel negativer auf die Gesundheit der Bevölkerung und die Sterblichkeitsrate aus. Der Zerfall des russischen Gesundheitswesens hatte besonders katastrophale Folgen: die Selbstmorde häuften sich, durch erhöhten Alkohol- und Tabakverbrauch stieg die Anzahl der Erkrankungen sprunghaft an und viele Menschen starben an Unterernährung oder wurden Opfer von Verbrechen. In den 1990er Jahren erhöhte sich deshalb die Zahl der (in der vorherigen Dekade registrierten) Todesfälle um 3 Millionen.

Der in Russland aufkommende Glaube an freie Märkte und die Bewunderung für die USA gingen in den 1990er Jahren wieder stark zurück. Wegen der Misserfolge der (Jelzinschen) "Schocktherapie" und des übereilten Übergangs zur Marktwirtschaft war diese Enttäuschung unvermeidlich; die von Jelzin in Gang gesetzte überhastete Privatisierung und sein plötzlicher Verzicht auf jede staatlichen Planung führten nicht zu sich selbst regulierendem Wachstum und breitem Wohlstand, sondern zur Plünderung des nationalen Reichtums durch habgierige Oligarchen. Noch schlimmer war, dass der Russland zugesagte Marshall-Plan ein leeres Versprechen blieb, weil in den ersten besonders kritischen Jahren des Übergangs nur armselige 7 Milliarden Dollar US-Finanzhilfe flossen – und die wurde auch fast nur in Form von zweckgebundenen Krediten gewährt, für die US-Waren gekauft und US-Berater engagiert werden mussten. Das Image des Wohltäters USA wurde außerdem durch aufsehenerregende Korruptionsfälle, Insidergeschäfte, Geldwäsche und ähnliche Skandale getrübt, an denen auch US-Investoren beteiligt waren.

Wegen der Hyperinflation und der wachsenden Verelendung der russischen Bevölkerung kam es 1993 zu lautstarken Protesten, bis das russische Parlament versuchte, die "Reformen" Jelzins durch Gesetze zu blockieren. Daraufhin löste Jelzin das Parlament auf, um alle Macht in seinen Händen zu konzentrieren. Weil das jedoch offensichtlich verfassungswidrig war, leisteten viele Abgeordnete sogar bewaffneten Widerstand, der von der Armee niedergeschlagen wurde. Die Regierung Clinton bedauerte das Blutvergießen, machte aber nur die Opposition dafür verantwortlich und ignorierte Jelzins illegale Machtergreifung. Die USA unterstützten Jelzin auch bei einem zwei Monate später durchgeführten, manipulierten Referendum, mit dem er eine "Präsidialverfassung" durchsetzte.

Die USA halfen Jelzin ein weiteres Mal, als er im Jahr 1996 erneut seine Macht missbrauchte und sich in einem skandalträchtigen Geldbeschaffungsprogramm "Darlehen gegen Anteile an Staatsbetrieben" besorgte, indem er die wertvollsten russischen Rohstoff-Firmen an Oligarchen verhökerte (s. <http://www.netstudien.de/Russland/deals.htm>). So konnte er auch die in diesem Jahr stattfindende Wahl gewinnen und seine zweite Amtszeit antreten. Bei der Manipulation der Wahl standen die USA Jelzin Komplizenhaft zur Seite, indem sie die staatlichen russischen Medien bestachen und Jelzins schleppend anlaufender Wahlkampagne mit US-Beratern zum Erfolg verhalfen.

Die Clinton-Regierung stützte das Jelzin-Regime außerdem aus geopolitischen Gründen. Als Gegenleistung erwartete sie Zugeständnisse bei ihren globalen Zielen, zum Beispiel bei der Osterweiterung der NATO. Auch das war kurzsichtig und überheblich. George Kennan, der Vater der Containment-Politik des Kalten Krieges (der Politik der Eindämmung, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Containment-Politik>), warnte schon damals vor den

Folgen. Er bezeichnete das Vorrücken der NATO an Russlands Grenzen als "strategischen Fehler katastrophalen Ausmaßes", der höchst wahrscheinlich entsprechende russische Maßnahmen gegen den Westen auslösen werde. Andere Experten wie der Geheimdienstveteran Fritz Ermarth kritisierten die Einmischung der USA in die korrupte russische Innenpolitik. Er schrieb damals: "Dadurch haben wir die Bewunderung und den Respekt der russischen Bevölkerung verloren. Die Russen werfen uns vor, dass wir mit der Unterstützung ihrer korrupten Regierung gleichzeitig dem Ansehen Russlands in der ganzen Welt schaden. Damit haben wir den extremsten russischen Nationalisten doch das beste Argument für ihre Propaganda geliefert."

Alternative Wahrheiten über die russische Realität

Von den Russen, die diese Zeit der Korruption und Erniedrigung erlebten, haben nur wenige Verständnis für den Wirbel um die (angebliche) Einmischung Russlands in die US-Wahl im Jahr 2016. Und wegen der US-Einmischung, die in den 1990er Jahren in Russland stattfand, kann man ihnen das auch kaum vorwerfen. Diese Einsicht ist bei US-Amerikanern aber eher selten, weil die westlichen Medien nur die Erfolgsgeschichten der Clinton-Regierung übernommen und die Fehlentwicklungen als Schlaglöcher auf dem Weg Russlands in die Demokratie heruntergespielt haben. Obwohl viele der Skandale, die sich in den 1990er Jahren in Russland zugetragen haben, inzwischen allgemein bekannt sind, wird immer noch so getan, als hebe sich Putins "Autokratie" sehr negativ vom "goldenen Zeitalter der Demokratie unter Jelzin" ab; dabei wird völlig ignoriert, dass es Jelzin und seine Komplizen waren, die mit Praktiken wie einer "110-prozentigen Wahlbeteiligung in entlegenen Bezirken" und mit Hilfe von Medien, die sich Oligarchen angeeignet hatten, die Wahl beeinflusst und Abgeordnete gekauft haben, die ihnen dann die gewünschten Lücken in den Steuergesetzen verschafften. Viele der Mythen über die Ära Jelzin werden auch heute noch verbreitet. Gerade hat Julia Ioffe (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Julia_Ioffe) in einem Artikel in *National Geographic* das unter Putin zu verzeichnende Wachstum der russischen Wirtschaft auf die "von Boris Jelzin in den 1990er Jahren vorgenommenen durchgreifenden Reformen" und auf den zeitweise ein historisches Hoch erreichenden Ölpreis" zurückgeführt (s. <http://www.nationalgeographic.com/magazine/2016/12/putin-generation-russia-soviet-union/>).

Die hohen Ölpreise haben sicher eine Rolle gespielt. Mit einer bloßen Fortsetzung der chaotischen Politik Jelzins wäre es Putin ganz sicher nicht gelungen, die Oligarchen zur Versteuerung ihrer Profite zu veranlassen und aus dem erhöhten Steueraufkommen wieder Renten zu zahlen, die Infrastruktur zu erneuern und Rücklagen zu schaffen. Es hätte auch keine Wiederbelebung der Landwirtschaft stattgefunden, weil privater Landbesitz weiterhin verboten geblieben wäre. Schon in den ersten Jahren seiner Amtszeit führte Putin eine Steuer- und Bankenreform durch und ließ Gesetze zur Abwicklung von Konkursen und zu anderen marktwirtschaftlichen Problemen verabschieden, die im Jelzin-Jahrzehnt nicht zustande kamen. In den US-Medien werden Putins Verdienste trotzdem immer wieder bestritten. So hat Paul Krugman kürzlich in der *New York Times* behauptet, das unter Putin zu verzeichnende Wachstum sei mit dem einen Wort "Öl" zu erklären. Als Putin im Jahr 2000 Präsident wurde, lag der Ölpreis bei 30 Dollar pro Barrel, und aus dem Ölverkauf wurden 20 Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts / BIP erzielt. 2010 trug der Ölverkauf, obwohl der Ölpreis inzwischen auf 100 Dollar pro Barrel gestiegen war, nach Angaben der Weltbank nur noch 11 Prozent zum BIP Russlands bei. Sogar als der Ölpreis boomte, waren die Beiträge der Landwirtschaft, der Industrie und des Dienstleistungssektors zum russischen BIP deutlich angestiegen.

Thomas Friedman, ein anderer Kolumnist der *New York Times*, machte Putin sogar für den Rückgang der Lebenserwartung in der russischen Unterschicht verantwortlich, die "in

den Jahren 1990 bis 2013" und vor allem seit Putins Amtsantritt zu verzeichnen gewesen sei. Tatsächlich hat aber in der ersten Hälfte dieser Periode, in der die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern um ganze 6 Jahre absank – was für einen Industriestaat in Friedenszeiten sehr ungewöhnlich ist – noch Jelzin regiert. Unter Putin ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern und Frauen auf 70 Jahre angestiegen und hat damit ihren Höchstwert in der bisherigen Geschichte Russlands erreicht.

Wladimir, der Schreckliche

Dass vielen US-Politikern das harte Durchgreifen Putins nicht passt, ist verständlich. Aber seine auf Wahnvorstellungen beruhende Dämonisierung, die ihm alle Verdienste abspricht und ihn für alle möglichen Probleme verantwortlich macht, ist dumm. Diese Dämonisierung ist deshalb dumm, weil sie die unterschiedliche Einschätzung der Verhältnisse in Russland durch die US-Amerikaner und die Russen noch vertieft; die Russen schätzen Putin nämlich sehr, weil er ihr Land wieder stabilisiert und ihnen ihren Stolz zurückgegeben hat. Dumm ist die Dämonisierung auch, weil sie die Fehleinschätzung fördert, dass Putin für alle negativen Entwicklungen in Russland verantwortlich ist und alles besser würde, wenn die Russen statt Putin einen zweiten Jelzin wählen könnten. Dumm sind auch kurzsichtige US-Politiker, wenn sie Russland verhöhnen, wie das der vorherige US-Präsident Barack Obama getan hat, als er sagte: "Russland lockt niemand an. Immigranten meiden dieses Land, weil es ihnen nichts zu bieten hat. Und seine eigene Bevölkerung schrumpft."

In Wirklichkeit begann die Bevölkerung Russlands ab 2010 wieder zu wachsen, und das Land hat eine der höchsten Geburtenraten in Europa. Russland gehört nach den USA und Deutschland zu den beliebtesten Einwanderungsländern. Es stellt auch die Raketen, mit denen US-Astronauten zur internationalen Raumstation fliegen. Trotzdem wurde es von Obama und seiner zeitweiligen Außenministerin Hillary Clinton immer wieder gedemütigt. Beide haben Putin verhöhnt, und Frau Clinton hat ihn sogar mit Adolf Hitler verglichen. Über diesen Vergleich könnte man lachen, wenn er nicht so beleidigend für die Russen wäre, die im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen ihrer Landsleute im Kampf gegen Hitlers Wehrmacht geopfert haben. Obamas herablassende Äußerungen über Putin standen auch im Widerspruch zu dessen großer Beliebtheit bei der eigenen Bevölkerung. Als man Obama darauf aufmerksam machte, reagierte er mit der Bemerkung: "Saddam Hussein hatte sogar eine Zustimmungsrate von 90 Prozent." Er fügte hinzu: "Putin kontrolliert die Medien, hat den Russen die bürgerlichen Freiheiten genommen und sperrt die Dissidenten ein." Diese pauschalen Behauptungen sind so nicht haltbar.

Es gibt natürlich auch in Putins Russland Fehlentwicklungen, und Obama oder Frau Clinton mussten sich ebenfalls Unverschämtheiten aus Moskau gefallen lassen. Es ist aber grundfalsch und unklug, wenn ein US-Präsident nicht nur den führenden Politiker eines anderen Landes, sondern auch dessen Bevölkerung herabsetzt, wie das Obama getan hat. Ein US-Präsident, der den Wunsch hat, persönliche Angriffe mit gleicher Münze heimzuzahlen, darf sich nicht dazu hinreißen lassen, ein ganzes Volk zu beleidigen, weil er damit nur den russische Medien recht gegeben hat, in denen die US-Regierung als unwissend und arrogant dargestellt wird. Hillary hat es für sehr clever gehalten, Trump als "Marionette Putins" anzuschwärzen. Damit konnte sie Trumps Wähler aber nicht beeindrucken, und die russischen Wähler lassen sich auch nicht durch die Dämonisierung Putins beeinflussen.

Die russische Bevölkerung und besonders die hart arbeitenden Lehrer, Ärzte und Ingenieure, die in den katastrophalen 1990er Jahren ihre Ersparnisse, ihre beruflichen Aufstiegschancen und sogar ihre Gesundheit verloren hatten, sahen sich von Jelzin und seinen Komplizen um die gerade gewonnene Demokratie betrogen; sie waren auch von den

USA enttäuscht, die sie einmal bewundert hatten, und sehnten sich nach einem Präsidenten, der nach einem Jahrzehnt der Erniedrigung ihren Stolz auf Russland wieder herstellen würde. Die Clinton-Regierung behandelte Russland wie einen besiegten Feind und nutzte seine Schwäche aus, um die NATO nach Osten auszudehnen. Die Behauptung, dass diese Erweiterung nur der Verteidigung diene, wurde durch den 1999 geführten NATO-Bombenkrieg gegen Serbien, einen langjährigen Verbündeten Russlands, als Lüge entlarvt. Unter dem Präsidenten George W. Bush kündigten die USA den noch mit der Sowjetunion geschlossenen ABM-Vertrag (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/ABM-Vertrag>), verhängten Strafzölle gegen Russland (s. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/der-markt-forscher-russland-schlaegt-zurueck-mit-haehnchenkeulen-a-188123.html>), brachen einen Krieg gegen den Irak vom Zaun und setzen die Einkreisung Russlands mit der Umwerbung Georgiens und der Ukraine durch die NATO fort.

Es konnte deshalb niemand überraschen, dass Russland 2008 zurückschlug, indem es den Überfall georgischer Truppen auf Südossetien, bei dem auch Soldaten einer russischen Friedenstruppe getötet wurden, mit einem vernichtenden Gegenschlag abwehrte (weitere Infos dazu s. unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/untersuchungskommission-georgien-hat-den-krieg-begonnen-1854145.html> und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP13508_140808.pdf). Damals stieg die Zustimmungsrate für Putin auf fast 85 Prozent, die höchste bis zur Annexion der Krim im Jahr 2014.

Einer aufkeimenden Demokratie wurde ein schlechter Dienst nach dem andern erwiesen

Als Obama 2009 sein Amt antrat, traf er auf ein stolzes Russland, das sehr verärgert (über die Politik seiner Vorgänger) und wenig empfänglich für irgendwelche neuen US-Empfehlung in Sachen Demokratie war. Die Russen hatten erlebt, wie sich Bill Clinton mit dem korrupten Herrn Jelzin verbündete, der ihre neue Demokratie zum Gespött machte. Sie waren empört, weil Vizepräsident Dick Cheney die russische Demokratie kritisiert, sich aber sehr lobend über die "demokratische Entwicklung in Kasachstan" geäußert hatte. Sie waren sauer darüber, dass man ihnen vorwarf, sich in die Angelegenheiten schwächerer Nachbarn einzumischen, während die NATO immer näher an die Grenzen Russlands rückte und die USA den Irak überfielen und damit einen Flächenbrand im Mittleren Osten auslösten. Es sollte niemand überraschen, dass in den russischen Medien immer häufiger von "Doppelmoral" (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Doppelmoral>) die Rede war.

In dieser Situation war es sehr unklug, dass die Obama-Regierung die russischen Wahlen als "undemokratisch" kritisierte und die Opposition gegen Putin unterstützte. Das war nicht nur heuchlerisch, es beunruhigte auch die russische Bevölkerung, die befürchtete, mit der Abwahl Putins werde die wiedergewonnene Stabilität verloren gehen. Demokratie-Befürworter könnten einwenden, dass Obama weniger Wert auf die Erweiterung der NATO als auf die Fortsetzung der politischen Liberalisierung Russlands und der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken legte. Angesichts der Versuche des Westens, die Verbindungen der ehemaligen Sowjetrepubliken Georgien und Ukraine und des Verbündeten Serbien zu Moskau zu untergraben und sie politisch und militärisch in der EU und der NATO zu verankern, ist Putins Skepsis leicht zu verstehen. Schon als Senator hatte Obama für die Einbindung der Ukraine in die NATO plädiert und während seiner ganzen Präsidentschaft Vorbereitungen dafür getroffen. Auch Hillary Clinton betonte immer wieder, "die Tür zur NATO" stehe auch für die Ukraine offen, außerdem erregte sie Putins Zorn mit der von ihr forcierten "humanitären Intervention in Libyen", mit der dann ein Regimewechsel herbeigebombt wurde. Auch deshalb war ihre Forderung nach "einer gründlichen Untersuchung aller berichteten Unregelmäßigkeiten und Betrugereien" bei den Wahlen, die 2011 in Russland stattfanden, dort nicht willkommen. Dass Obama 2012 ausgerechnet Michael McFaul,

einen Experten für Demokratieförderung und langjährigen Kritiker Putins, als neuen Botschafter nach Russland schickte, wurde in Moskau als vorsätzliche Provokation empfunden.

Auch die gerechtfertigte Empörung über Putins hartes Vorgehen gegen das Wahlergebnis anzweifelnde Demonstranten sollte uns nicht daran hindern, Ziele und Instrumente der bisherigen US-Außenpolitik zu überdenken. Zu kritisieren ist zum Beispiel, dass wir unser Interesse ausschließlich auf die liberale Opposition in Russland konzentriert haben, die sehr klein und auf Moskau beschränkt ist, weil sie sich an US-Wertvorstellungen orientiert. Viele dieser Aktivisten haben sich in den Augen der russischen Bevölkerung diskreditiert, weil sie früher Jelzin unterstützt haben und den allseits bewunderten Präsidenten Putin ablehnen; sie unterstützen auch die von den USA betriebene NATO-Osterweiterung, obwohl sie gegen die Interessen Russlands gerichtet ist. Die Mehrheit der Russen wirft ihnen deshalb vor, unpatriotisch zu sein. Sie sind mutig, verstehen es gut, ihre abweichenden Ziele zu artikulieren und verdienen unseren Respekt. Aber selbst wenn sie Putin nicht stigmatisiert hätte und man ihnen nicht die Fehlentwicklungen in den 1990er Jahren ankreiden würde, wären sie keine Alternative für die überwiegend nationalkonservativen Russen. Auch wenn sie im Westen sehr geschätzt werden, sollte man nicht auf sie setzen, wenn man die Demokratisierung in Russland vorantreiben will.

Erinnern wir uns an die Aufregung über die feministische Rock-Gruppe Pussy Riot (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Pussy_Riot), die 2012 in Moskau wegen Rowdytums verurteilt wurde, weil sie mit einer (fragwürdigen) Aktion in der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau nicht nur Putin, sondern auch die Russische Orthodoxe Kirche und ihre Gläubigen provoziert hatte. US-Aktivisten und offizielle Vertreter der USA setzten sich für die jungen Frauen von Pussy Riot ein und forderten ihre Freilassung. Aus Respekt und Rücksichtnahme auf die Werte und Traditionen anderer Länder hätte man die Damen von Pussy Riot aber nicht als Vorkämpferinnen für die Redefreiheit feiern dürfen, weil damit die Gefühle vieler Russen verletzt wurden. Weil viele US-Politiker Pussy Riot unterstützt haben, ging in der russischen Bevölkerung, die zu rund 70 Prozent der Orthodoxen Kirche angehört, die Sympathie für die USA deutlich zurück. Die russische Gesellschaft ist sehr konservativ und lehnt die Pornografie und die Promiskuität ab, die sich unter Jelzin ausgebreitet haben. In Umfragen waren nur sieben Prozent der Russen der Meinung, dass politischer Protest auch in Kirchen erlaubt sein sollte, und nur fünf Prozent wollten, dass Pussy Riot nicht bestraft wird. Die Gefühle der Mehrheit der Russen verdienen mindestens die gleiche Rücksichtnahme, wie die einer kleinen Minderheit kosmopolitischer Liberaler. Mit Häme aus dem Westen ist die traditionelle Ablehnung der Homosexualität in Russland kaum zu überwinden. Die westliche Begeisterung für Pussy Riot hat die Unterstützung der russischen Bevölkerung für das 2013 in Kraft getretene russische "Gesetz gegen die Propagierung nicht traditioneller sexueller Beziehungen" sogar noch verstärkt (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Homosexualit%C3%A4t_in_Russland).

Die Russen sehen auch die inquisitorische Doppelmoral, mit der die USA ihr Land beurteilen, indem sie Russland für Handlungsweisen kritisieren, die sie anderen Staaten durchgehen lassen. So hat die *Washington Post* Russlands restriktiven Umgang mit Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen scharf kritisiert, Litauen, Georgien und der Ukraine, die das Gleiche tun, aber nur vorgehalten, dass sie Russland nacheifern. Die westlichen Medien berichten seit 2014 über Russlands Vorgehen, aber nicht darüber, dass Aserbaidschan, Kasachstan und die Ukraine ähnlich verfahren. Das ist nicht nur die übliche Propaganda, sondern eine angeblich unabhängige, in Wirklichkeit aber – auch von Parlamentarischen Gesellschaften und vom Europarat – bezahlte, die Realität verzerrende Berichterstattung über Wahlen und andere Vorgänge in einem Land, die sich zur Verunglimpfung dieses Landes eignen.

Die US-Bürger hören kaum etwas über solche Aktivitäten (des Westens), während mit Berichten über behauptete subversive Aktivitäten Moskaus (in den USA und in anderen westlichen Ländern) Hysterie erzeugt wird. In einem kürzlich von US-Geheimdiensten veröffentlichten Report über die (angebliche) Beeinflussung der US-Präsidentenwahl im Jahr 2016 wird vor "einer vom Kreml gesteuerten Kampagne" gewarnt, "mit der das Vertrauen in die US-Regierung untergraben und politische Proteste geschürt werden sollen" (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP01317_230117.pdf). Als "Hauptübeltäter" wird darin der russische Nachrichten-Kanal RT genannt, obwohl der nur sehr geringen Einfluss auf das US-Publikum hat – mit der Begründung, er habe "gegen das Fracking agitiert, bevorzuge Umweltthemen" und habe "einen Dokumentarfilm über die Bewegung Occupy Wall Street ausgestrahlt, in der das gegenwärtige politische System der USA als korrupt beschrieben" worden sei. In Wirklichkeit haben russische Diplomaten überhaupt nicht versucht, Einfluss auf die 2011 von Occupy Wall Street organisierten Proteste zu nehmen, während Politiker aus den USA und aus Europa die Demonstrationen, die 2014 auf dem Maidan in der Ukraine stattfanden, sehr lautstark unterstützt haben.

Demokratie-Förderung?

Die von den US-Medien ignorierte, im Ausland aber sehr wohl registrierte Doppelmoral Obamas zeigte sich auch in seinen denunziatorischen Erklärungen zum 2014 abgehaltenen Sezessionsreferendum auf der Krim, das der Annexion der Halbinsel durch Russland vorausging. Mögliche Parallelen zwischen der vom Westen kritisierten Abspaltung der Krim von der Ukraine und der 2008 erfolgten, von Russland und Serbien kritisierten Abspaltung des Kosovo von Serbien wies er als unzulässig zurück; Obama behauptete, der Kosovo habe sich erst nach einem "in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und seinen Nachbarn durchgeführten Referendum von Serbien" getrennt. Nichts dergleichen sei auf der Krim geschehen. In Wirklichkeit hat auch nichts dergleichen im Kosovo stattgefunden. Dort gab es noch nicht einmal ein Referendum, sondern nur ein Votum der albanischen Mehrheit im Regionalparlament des Kosovos. Auch die behauptete "Zusammenarbeit mit den Nachbarn" hat nicht stattgefunden: Serbien protestiert bis heute gegen die Abspaltung des Kosovos. Bosnien-Herzegowina, Rumänien und die Slowakei haben den Kosovo noch nicht (als selbständigen Staat) anerkannt und Bulgarien, Kroatien und Ungarn, haben das nur auf Druck des Westens getan.

Wer unzutreffende Behauptungen über Vorgänge, die ganz anders abgelaufen sind, benutzt, um ein anderes Land zu diskreditieren, handelt zumindest grob fahrlässig. Er vermittelt auch ein Trugbild über die angebliche Entscheidungsfreiheit der Staaten in Mittel- und Osteuropa, die zwischen Washington und Moskau wählen sollen. Wer behauptet, sie hätten eine demokratische und freie Wahl, leugnet die starken politischen und wirtschaftlichen Hebel, die vom Westen angesetzt werden, um die Verbindungen dieser Staaten zu Russland aufzubrechen. Auch bei der Abspaltung des Kosovos wurden dessen Nachbarn von den USA und der NATO unter Druck gesetzt, damit sie diese serbische Provinz als selbständigen Staat anerkannten. In Wirklichkeit hat der Westen schon immer mit Zuckerbrot und Peitsche gearbeitet, um osteuropäische Staaten im Sinne Brüssels, Berlins und Washingtons zu beeinflussen. Wenn Osteuropäer betroffen feststellten, dass sie der Beitritt zur EU mehr kostete, als sie erwartet hatten, oder erkennen mussten, dass sich Russland durch die NATO-Osterweiterung provoziert fühlte, hat man die politischen und wirtschaftlichen Eliten (mit Geld oder Ämtern) besänftigt und nicht die Bevölkerungen durch Referenden, sondern nur die (gekauften) Parlamente (über den Beitritt zur EU oder zur NATO) abstimmen lassen. Gelegentlich tendierten Brüssel und Washington auch in entgegengesetzten Richtungen, zum Beispiel beim Internationalen Strafgerichtshof (in Den Haag, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Strafgerichtshof), den die EU wollte, die Regierung George W. Bushs aber ablehnte. In diesem und anderen Fällen mussten sich

die Staaten Mitteleuropas aber gegen enormen politischen und wirtschaftlichen Druck aus Washington durchsetzen.

Niemand behauptet, dass die osteuropäischen Staaten von einem Beitritt zu der von Russland geführten Eurasian Economic Union (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/Eurasische_Wirtschaftsunion) mehr Vorteile als von einem EU-Beitritt hätten. Weitere NATO-Beitritte sind aber anders zu bewerten, weil die zu erwartenden russischen Gegenmaßnahmen eventuelle Sicherheitsgewinne zunichte machen würden. Man muss auch Moskaus Einwand ernst nehmen, dass sich die Ausweitung des westlichen Blocks nicht als organischer, demokratischer Prozess vollzieht, sondern von den USA und ihren Verbündeten forciert wird, wobei es weniger um Prinzipien, als um Macht geht. Der Westen muss auch die Folgekosten bedenken, die nicht nur für die eintretenden Staaten, sondern auch für die EU und die NATO entstehen. Jeder Beitritt ist eigentlich ein sehr undemokratischer Prozess, von dem nur die gekaufte Elite und nicht die breite Masse der Bevölkerung profitiert. Schon lange bevor die vielen Flüchtlinge aus Syrien zu offenen Konflikten in der EU geführt haben, hatte deren Ansehen in Mitteleuropa bereits sehr gelitten, weil die Kosten eines Beitritts viel höher als erwartet waren und eigentlich nur die wirtschaftliche Elite Vorteile davon hatte.

Als Beispiel für diese Entwicklung kann (das an Rumänien grenzende) Moldawien (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Moldawien>) dienen, ein bettelarmes Ländchen, in dem die EU pro-europäische Parteien unterstützt hat, um sie zum Beitritt zu bewegen. Im Westen ist kaum etwas über dieses Land zu lesen; es machte aber im November 2013 Schlagzeilen, als u.a. die britische Zeitung *The Telegraph* meldete: "Pro-russischer Kandidat gewinnt die Wahl in Moldawien." Die geopolitischen Schlüsse, die aus diesem Ergebnis gezogen wurden, waren aber irreführend. In der Wahl ging es vor allem um die Korruption und die Wirtschaft, also um innenpolitische Probleme. Die einfachen Moldawier argwöhnten, dass von einem EU-Beitritt nur die Eliten profitieren würden, und die in die EU strebende Liberaldemokratische Partei Moldawiens hatte mit einem Skandal zu kämpfen, weil führende Parteimitglieder eine 1 Milliarde Dollar – das war die Hälfte der Reserven der Nationalbank Moldawiens – auf ihre privaten Bankkonten transferiert hatten. Wie bei ähnlichen Wahlergebnissen in Bulgarien und Montenegro machten die US-Medien auch für den Ausgang der Wahl in Moldawien wieder den Einfluss Moskaus verantwortlich. Die tatsächlichen Vorgänge in (dem an Albanien angrenzenden Kleinstaat) Montenegro (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Montenegro>) widerlegen allerdings diese These. Die USA haben die Abspaltung Montenegros von Serbien aus geopolitischen Gründen gefördert; um den serbischen Präsidenten Milosevic (s. <https://de.sputniknews.com/politik/20160816312138924-serbien-haager-tribunal-milosevic-freigesprochen/>) zu schwächen, haben sie den als besonders korrupt bekannten Milo Djukanovic (s. <https://www.nzz.ch/international/europa/djukanovic-haelt-montenegro-fest-in-der-hand-der-pate-von-podgorica-ld.122532>) zum Oberhaupt ihrer Staatsgründung Montenegro gemacht. Heute, ein Jahrzehnt später, nutzt Djukanovics Demokratisch-sozialistische Partei geopolitische Spannungen, um Montenegro Zugang zur NATO zu verschaffen; das würde weder ihrem Kleinstaat noch der Allianz irgendwelche Vorteile bringen, aber Russland provozieren und ihr korruptes Regime stabilisieren. Die Fixierung (der US-Regierung) auf geopolitische Vorteile verstellt ihr jedoch den Blick auf ein viel gefährlicheres sozioökonomisches Problem: Große Teile oder sogar die Mehrheit der Bevölkerung in den meisten osteuropäischen Staaten sind inzwischen der Meinung, dass sie unter kommunistischer Herrschaft ein besseres Leben hatten. Diese Einstellung bringt sie gegen die EU auf und Demagogen wie den ungarischen Präsidenten Viktor Orban an die Macht. Viele Osteuropäer lehnen die europäische Integration vor allem wegen der schreienden ökonomischen Ungleichheit und nicht wegen irgendwelcher geheimnisvollen Einflüsse Wladimir Putins ab.

Die westliche Sicht des Konflikts in der Ukraine ist von ähnlichen Vorurteilen geprägt. Wir sollten uns daran erinnern, dass diese Krise 2013 ausbrach, weil Präsident Wiktor Janukowytsch vor den harten Beitrittsbedingungen der EU zurückschreckte und stattdessen eine engere Zusammenarbeit mit Russland anstrebte. Daraufhin wurde er durch eine Revolte gestürzt, die von den USA und der EU begrüßt (und gesponsert) wurde. Unabhängig davon, dass auch er korrupt war, er wurde demokratisch gewählt und hielt sich bei seiner Entscheidung an die ukrainische Verfassung. Er war 2010 gewählt worden, weil sich die vorherige pro-europäische Regierung als korrupt und unfähig erwiesen hatte. Weil die Proteste in der Ukraine 2014 zunahmen, entschieden sich die USA dafür, einen ausgehandelten Machtwechsel zu boykottieren, auf den man sich unter Einbeziehung Russlands geeinigt hatte (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP03415_150215.pdf), und stattdessen die Demonstranten zu unterstützen, die den Sturz Janukowytschs, also einen Staatsstreich wollten. Das war eine falsche Entscheidung. Weil der Westen eine verfassungswidrige Machtergreifung in Kiew unterstützt hatte, konnten die Russen ein verfassungswidriges Referendum auf der Krim durchführen lassen und den verfassungswidrigen Aufstand im Donbass unterstützen. Es wäre trotzdem noch ein Kompromiss möglich gewesen, weil Putin aber der Ansicht war, dass sich die Yankees die Ukraine angeeignet hatten, und mit deren Eintritt in die NATO sowie dem Verlust der seit Jahrhunderten bestehenden russischen Marinebasis auf der Krim rechnen musste, blieb ihm keine andere Wahl, als zurückzuschlagen.

Natürlich rechtfertigt das nicht die Grausamkeit der Kämpfe um den Donbass. Aber das Verhalten der USA und der EU, die glaubten, die ganze Ukraine und nicht ein Land mit einer Sprachgrenze und einem hohen Bevölkerungsanteil russischer Abstammung gewonnen zu haben, an dem auch Russland ein legitimes Interesse hat, waren nicht an einer friedlichen Lösung interessiert. Der Westen hat die russischen Interessen sträflich ignoriert und die Spannungen unnötig angeheizt, indem er der Ukraine eine kaum zu realisierende schnelle Mitgliedschaft in der NATO und der EU versprach. Vor dem Krieg hatte die Ukraine ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 4.000 Dollar und stand auf gleicher Stufe mit Albanien und dem Kosovo; auf der Korruptionsskala rangierte sie hinter Russland auf dem gleichen Level wie Nigeria. Auch heute, drei Jahre nach dem Assoziierungsabkommen mit der EU und den inzwischen im Auftrag der EU durchgeführten Reformen und nach dem Erhalt von Milliarden Dollars an Hilfszahlungen ist die Ukraine noch genau so korrupt und bankrott wie vorher und weiter von einem EU-Beitritt entfernt als jemals zuvor. Früher konnte sie sich durch den Handel mit Russland und mit russischen Subventionen über Wasser halten; dass diese beiden Haupteinkommensquellen verloren gingen, zeigt, wie töricht westliche Politiker gehandelt haben, als sie Kiew vor die Wahl zwischen der EU und Russland stellten.

Ist ein Deal möglich?

In der jüngsten Korruptionsskala rangiert die Ukraine immer noch hinter Russland. Aber täglich werden neue Skandale bekannt, und die Verluste in der Wirtschaft sind höher als die Kosten für den Krieg im Donbass. Der pro-europäische ukrainische Präsident Petro Poroschenko liegt mit einer Zustimmungsrate von 17 Prozent deutlich hinter den 28 Prozent, die der pro-russische Janukowytsch noch kurz vor seinem Sturz im Jahr 2014 hatte. Komischerweise war der pro-russische Janukowytsch der populärste ukrainische Präsident dieses Jahrhunderts. Und in der letzten Umfrage haben nur noch 41 Prozent der Ukrainer das Assoziierungsabkommen mit der EU, dessen Ablehnung durch Janukowytsch die Ursache für den Maidan-Aufstand war, positiv bewertet. Diese Tendenzen und der Rechtstrend in einigen westeuropäischen Staaten (der zu weiteren Austritten aus der EU führen könnte) sowie die wachsende Ablehnung der EU in den osteuropäischen Staaten sollte die führenden Politiker der EU beunruhigen. Stattdessen fürchten sie (zu

Unrecht), dass die Russen antiwestliche Nachrichten verbreiten, antiwestliche Politiker unterstützen und das Internet mit einer Armee russischer Trolle unterwandern.

Trotz der geradezu paranoiden Angst vor subversiven Aktivitäten Russlands wird sich die große Krise wahrscheinlich anderswo entwickeln, zum Beispiel durch einen Zusammenbruch des nicht lebensfähigen Teilstaates Bosnien, der einen Konflikt zwischen Serbien und NATO auslösen könnte, oder durch eine Initiative der nationalistischen Mehrheit in Moldawien, die sich mit ihrer rumänischen Verwandtschaft vereinigen möchte, und dadurch mit der russischen Minderheit aneinander geraten könnte. Ungarn könnte aus der EU austreten und damit der europäischen Einheit einen schweren Schlag versetzen. Oder das korrupte und bankrotte System in der Ukraine könnte einfach zusammenbrechen.

Die Ukraine könnte aber auch Anlass für eine Annäherung zwischen den USA und Russland werden. Die russische Wirtschaft ist sehr geschwächt, das Durchschnittseinkommen in Russland ist seit 2013 um ein Drittel geschrumpft, und die Aufhebung der westlichen Sanktionen wäre dringend notwendig. Europa schreit nach einer Normalisierung des Handels mit Russland. Auf der Grundlage des Minsker Abkommens ließe sich ein Deal zwischen Russland und dem Westen aushandeln. Moskau müsste sich aus dem Donbass heraushalten und die Ostgrenze der Ukraine respektieren, und Kiew müsste zulassen, dass sich die Gebiete, die überwiegend von ethnischen Russen bewohnt werden, selbst verwalten können. Die NATO müsste Russland zusichern, dass sie die Ukraine nicht aufnehmen wird, und mit der Ukraine müsste ein Vertrag geschlossen werden, der ihre territoriale Integrität garantiert und ihr militärische Hilfe zusichert. Kiew müsste weiterhin westliche Investitionen erhalten, auch dann, wenn es den Handel mit Russland wiederbeleben würde.

Puristen werden einen derartigen Deal als Verrat schmähen, weil er gleichzeitig eine De-Facto-Anerkennung der russischen Annexion der Krim beinhalten würde. Das Beste ist aber der Feind des Guten, denn Moskau wird die Krim keinesfalls wieder herausgeben, weil sie bis 1954 fast 200 Jahre lang zu Russland gehört hat. Und was die demokratischen Rechte angeht, Tatsache ist auch, dass die große Mehrheit der Krim-Bewohner bei Russland bleiben möchte. Die Ukraine würde am meisten von einer friedlichen Lösung profitieren, weil sie Nutzen aus Investitionen ziehen könnte, statt noch mehr Mittel in einem sinnlosen Konflikt zu verschwenden. Normale politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland würden auch ganz Europa nützen und helfen, den bereits in Gang gekommenen Auflösungsprozess zu verlangsamen oder sogar zu stoppen. Wenn alles so bleibt, wie es ist, wird sich die Krise nur noch weiter verschärfen.

Wird Putin das erhoffte Entgegenkommen zeigen?

Eine diplomatische Annäherung zwischen Russland und dem Westen in der Ukraine, in Syrien oder in anderen Problemzonen wird nur auf der Basis einer verbindlichen Vereinbarung über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten möglich sein. Damit könnten Trump und die außenpolitischen Anfänger in seiner Regierung beweisen, dass sie sich wirklich "mit Russland vertragen" wollen, wenn Putin ihnen entgegenkommt. Eine Mehrheit der politischen US-Elite meint, dass sich Putin auf keinen Deal einlassen wird, weil er ein "unbelehrbarer Feind der USA" sei. Sie glauben entweder, diese Feindschaft sei ideologisch begründet und müsse in einem ehemaligen KGB-Agenten tief verwurzelt sein, oder sie erwachse aus einem korrupten, illegalen Regime, das einen äußeren Feind brauche, um von inneren Problemen ablenken und seine Bevölkerung hinter sich bringen zu können. Viele US-Politiker glauben auch, Putin habe einfach kein Interesse an einem Frieden mit dem Westen; weil er sich ehemals sowjetische Gebiete wieder aneignen wolle, nehme er auch die Sanktionen in Kauf, um den Konflikt mit dem Westen weiter anfachen zu können.

Eine andere Gruppe von US-Politikern sieht Putin auch sehr kritisch, macht ihn aber nicht allein für die gestörten Beziehungen zwischen den USA und Russland verantwortlich. Viele von ihnen waren aus den gleichen Gründen wie Kennan schon von Beginn an gegen die NATO-Osterweiterung, weil abzusehen war, welche Folgen sie haben würde. Sie kritisieren auch die Überfälle der USA auf den Irak und Libyen und die Überschreitung der roten Linien Russlands in Georgien und in der Ukraine und die kleinkarierte Dämonisierung Putins. Trotzdem stimmen sie mit der ersten Gruppe darin überein, dass der Westen jetzt die Expansionspolitik Putins eindämmen müsse und nicht mit ihm kooperieren könne, weil seine Aktionen die liberale Nachkriegsweltordnung bedrohen würden.

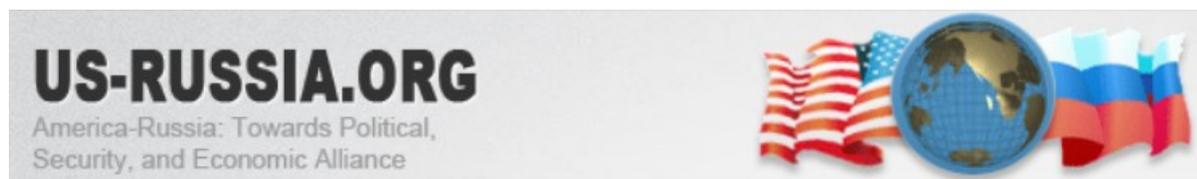
Eine dritte Gruppe von realistischen Politikern und Analysten, die eine Minderheit im außenpolitischen Establishment der USA bilden, sind der Meinung, dass Putin nicht die gesamte liberale Nachkriegsordnung beseitigen will, sondern sich nur gegen das mit dem Ende des Kalten Krieges einsetzende Streben der USA nach Weltherrschaft zur Wehr setzt, weil dabei die Interessen Russlands völlig ignoriert werden. Sie wundern sich darüber, dass diejenigen, welche die Osterweiterung der NATO und die Doppelmoral in der US-Politik ebenfalls ablehnen, nicht einsehen wollen, dass sich die USA dazu durchringen müssen, Russland auf halbem Weg entgegenzukommen. Wie die Realisten Kennan oder Hans Morgenthau, die schon früh vor dem idiotischen Vietnam-Krieg warnten, werden sie als zu nachgiebig oder als "Putin-Versteher" verhöhnt, weil sie vor außenpolitischen Fehlern der USA warnen, die unter totaler Vernachlässigung der innenpolitischen Probleme begangen werden.

Diese Realisten erinnern auch daran, dass Putin früher liberale Wirtschaftsreformen durchführen wollte und gute Beziehungen zum Westen anstrebte, dass seine ausgestreckte Hand aber von den geballten Fäusten der Neokonservativen in der Regierung George W. Bushs zurückgestoßen wurde. Obama kündigte zwar zunächst an, das Verhältnis zu Russland verbessern zu wollen, setzte dann aber die rücksichtslose militärische und wirtschaftliche Expansion des Westens fort, die schon in den 1990er Jahren unter Clinton begonnen hatte. Mit anderen Worten, seit mehr als zwei Jahrzehnten dringt der Westen unter Führung der USA mit seiner geballten militärischen und wirtschaftlichen Macht immer tiefer in den Hinterhof Russlands ein, und ist es völlig gleichgültig, ob er dabei von dem seit dem Kalten Krieg bestehenden Misstrauen gegen Russland oder vom Hegemonialstreben der USA angetrieben wird. Die Geschichte hat uns doch gelehrt, dass sich jede große Macht, die sich von einem Rivalen in die Enge getrieben fühlt, irgendwann zur Wehr setzen wird. Auch wenn die Verteidiger Clintons und Obamas das nicht hören wollen, das nach dem Kalten Krieg einsetzende expansive Machtstreben der USA ist doch schon in Serbien, im Irak und in Libyen an seine Grenzen gestoßen.

Beide Seiten könnten recht haben: Die schon zwei Jahrzehnte andauernde Missachtung der Interessen Russlands könnte Putins möglicherweise tiefsitzenden Antiamerikanismus so verstärkt haben, dass eine neue Phase der Entspannung unmöglich geworden ist. Es könnte aber auch sein, dass Putin überhaupt kein unversöhnlicher Feind der USA, sondern nur ein in seinem Stolz gekränkter starker Mann und keineswegs so korrupt und grausam ist, dass er nicht zu einem Deal mit einem kooperativen Partner bereit wäre, der die vitalen Interessen der USA und Russlands berücksichtigt. Sicher ist nur, dass nicht nur die USA und Russland, sondern auch Europa und die ganze Welt ganz dringend Entspannung brauchen.

Robert David English ist außerordentlicher Professor für internationale Beziehungen, slawische Sprachen und Literatur und Umweltprobleme an der University of Southern California.

(Dass dieser auf Verständigung mit Russland drängende Artikel ausgerechnet in der von dem sehr einflussreichen US-Thinktank Council on Foreign Relations [s. https://de.wikipedia.org/wiki/Council_on_Foreign_Relations] herausgegebenen Zeitschrift *FOREIGN AFFAIRS* [s. <https://www.foreignaffairs.com/>] erschienen ist, hat uns positiv überrascht. Infos über seinen Verfasser – leider nur in englischer Sprache – sind nachzulesen unter https://en.wikipedia.org/wiki/Robert_D._English . Wir haben seine erstaunlichen Ausführungen komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Russia, Trump, and a New Détente

Robert David English

Published 15-03-2017

In his first press conference as president of the United States, Donald Trump said no fewer than seven times that it would be "positive," "good," even "great" if "we could get along with Russia." In fact, for all the confusion of his policies toward China, Europe, and the Middle East, Trump has enunciated a clear three-part position on Russia, which contrasts strongly with that of most of the U.S. political elite. First, Trump seeks Moscow's cooperation on global issues; second, he believes that Washington shares the blame for soured relations; and third, he acknowledges "the right of all nations to put their own interests first," adding that the United States does "not seek to impose our way of life on anyone."

The last of these is an essentially realist position, and if coherently implemented could prove a tonic. For 25 years, Republicans and Democrats have acted in ways that look much the same to Moscow. Washington has pursued policies that have ignored Russian interests (and sometimes international law as well) in order to encircle Moscow with military alliances and trade blocs conducive to U.S. interests. It is no wonder that Russia pushes back. The wonder is that the U.S. policy elite doesn't get this, even as foreign-affairs neophyte Trump apparently does.

MEMORY LOSS

Most Americans appreciate the weight of past grievances upon present-day politics, including that of the United States' own interference in Iran in the 1950s, or in Latin America repeatedly from the 1960s through the 1980s. Yet there is a blind spot when it comes to U.S. interference in Russian politics in the 1990s. Many Americans remember former President Bill Clinton as a great benefactor to Russia as the country attempted to build a market democracy under then President Boris Yeltsin. But most Russians see the United States as having abetted a decade of degradation under Yeltsin's scandal-ridden bumbling. Washington, they believe, not only took advantage of Moscow's weakness for geopolitical gain but also repeatedly interfered in Russia's domestic politics to back the person-Yeltsin who best suited U.S. interests. Americans' ignorance of this perception creates a highly distorted picture of Russia's first postcommunist decade.

Russia's misery during the 1990s is difficult for outsiders to comprehend. After the fall of the Soviet Union in 1991, Russia's economy entered a sharp slide that would continue for

over eight years. Although this decline is rarely referred to as a depression in Western media, in fact it was much worse than the Great Depression in the United States-between 1929 and 1932, U.S. GDP fell by some 25 percent, whereas Russia's fell by over 40 percent between 1990 and 1998. Compared with the Great Depression, Russia's collapse of the 1990s was nearly twice as sharp, lasted three times as long, and caused far more severe health and mortality crises. The public health disaster reflected Russia's prolonged agony: stress-aggravated pathologies (suicide, disease caused by increased alcohol and tobacco use) and economically induced woes (poor nutrition, violent crime, a crumbling public health system) combined to cause at least three million "excess deaths" in the 1990s.

Faith in free markets, and admiration for the United States, fell sharply in Russia in the 1990s. The failures of "shock therapy," or the rapid transition to a market economy, made such alienation inevitable, as the rush toward privatization and slashing of the state led not to self-regulating growth and broad prosperity but to a pillaging of national wealth by rapacious oligarchs, who flourished under Yeltsin. Worse, American talk of a Marshall Plan for Russia proved empty, and U.S. aid-particularly in the critical first years of transition-was a paltry \$ 7 billion. Much of that was in the form of credits that came attached with strings requiring the purchase of U.S. goods or the hiring of U.S. consultants. Also hurting America's image were much-publicized cases of corruption on the part of some Americans, involving insider trading, money laundering, and similar scandals.

In 1993, hyperinflation and poverty led to protests, and the Russian parliament passed legislation attempting to block Yeltsin's reforms. Yeltsin responded by deciding to close the legislature and redesign the political system to concentrate power in his hands. This, however, was blatantly unconstitutional, and many deputies refused to disband. Some turned to violent resistance and were crushed by the army. The Clinton administration regretted the bloodshed but blamed it on the opposition, while ignoring the illegality of Yeltsin's power grab. And the United States supported Yeltsin again two months later, when a referendum on a "super-presidential" constitution passed in a rigged vote.

In 1996, there was more U.S.-assisted mischief on the part of Yeltsin. The worst incident was the "loans for shares" scandal, a crooked privatization scheme in which Yeltsin sold Russia's most valuable natural-resource firms to oligarchs by way of fraudulent auctions-a fraud that was matched by that of the 1996 election, when Yeltsin won his second term. The United States was again tarred by complicity, by winking at such electoral violations as state media working to elect Yeltsin or the gross violations of campaign spending limits, and even by sending U.S. advisers to help Yeltsin's stumbling campaign.

The Clinton administration tolerated Yeltsin's regime in part to gain Russia's compliance on global issues, including NATO expansion. But even this was shortsighted as well as hypocritical. George Kennan, author of the Cold War containment policy, warned that pushing NATO toward Russia's borders was "a strategic blunder of potentially epic proportions," which was likely to provoke an anti-Western backlash. Other experts, such as intelligence veteran Fritz Ermarth, issued warnings at the time over the United States' complicity in Russia's domestic corruption. "We have largely lost the admiration and respect of the Russian people," Ermarth wrote. "Think how [U.S. policy] must look to Russians: you support the regime's corruption of our country on the inside so it supports you in your humiliation of our country on the outside. One could not concoct a better propaganda line for Russia's extreme nationalists."

ALTERNATIVE REALITY ABOUT RUSSIA

Few Russians who endured this corruption and humiliation have much sympathy with U.S.

anger over Russian meddling in the 2016 election. And with any perspective on the 1990s, it is hard to fault them. Yet such perspective among Americans is rare, in part because the Western media often adopted the Clinton administration's cheery narrative, downplaying negative phenomena as bumps in the road toward a democratic Russia. And despite subsequent revelation of so many scandals from the 1990s, Putin's "autocracy" is still contrasted with Yeltsin's "golden era of democracy," ignoring the fact that it was Yeltsin's team who perfected such tactics as 110 percent turnout in remote precincts, and whose oligarchs used their media empires as lobbying firms while brazenly buying parliamentary votes (to create personal tax loopholes). Many myths about the Yeltsin years persist. A recent National Geographic article by Julia Ioffe, for instance, attributes Russian growth under Putin to "tough economic reforms adopted by Boris Yeltsin" and describes Putin as "coasting on historically high oil prices and economic reforms implemented in the Nineties."

High oil prices, yes. But had Putin merely coasted on the policies of Yeltsin, there would have been little tax collected on the oligarchs' profits to pay for pensions, rebuild infrastructure, and create reserve funds. And there would have been no agricultural revival, because private land tenure would have remained illegal. In his first few years in office, Putin passed tax and banking reform, bankruptcy laws, and other pro-market policies that Yeltsin hadn't managed in a decade. Denying Putin credit in this way is typical. Paul Krugman recently argued in *The New York Times*, for instance, that growth under Putin "can be explained with just one word: oil." But note that in 2000, when Putin became president, oil stood at \$30 per barrel and petroleum accounted for 20 percent of Russia's GDP. But in 2010, after a decade's rise pushed oil over \$100 per barrel, petroleum had nevertheless fallen to just 11 percent of GDP, according to the World Bank. Thus as oil boomed, Russian agriculture, manufacturing, and services grew even faster.

Krugman's fellow columnist Thomas Friedman similarly decried Russia's low life expectancy over a period "that coincides almost exactly with Putin's leadership of the country ... the period of 1990-2013," while blaming Putin for "slow gains in the life expectancy of an entire nation." In fact, the first half of this period coincides almost exactly with Yeltsin's leadership, when male life expectancy fell by over six years-unprecedented for a modern country in peacetime. Under Putin, both male and female life expectancy have made rapid gains, and their combined average recently reached 70 years for the first time in Russian history.

VLADIMIR THE TERRIBLE

Distaste for many aspects of Putin's harsh rule is understandable. But demonization that veers into delusion by denying him credit for major progress (and blaming him for all problems) is foolish. Foolish because it widens the gulf between U.S. and Russian perceptions of what is going on in their country, with Russians rating Putin highly because they value the stability and pride he has revived. Foolish because it encourages the illusion that everything bad in Russia flows from Putin, so that if only Putin were removed then Russians would elect another liberal like Yeltsin. And foolish simply because that is how American leaders look when they mock Russia's prospects, as former U.S. President Barack Obama did when he said, "Russia doesn't make anything. Immigrants aren't rushing to Moscow in search of opportunity. The population is shrinking."

In fact, Russia's population has been growing since 2010, and the country has one of the higher birth rates in Europe. Russia is the world's third-largest immigrant destination in the world, behind only America and Germany. And Russian products include the rockets that ferry U.S. astronauts into space. Both Obama and former Secretary of State Hillary Clinton were given to careless quips about Russia. Both mocked Putin, and Clinton compared him

to Adolf Hitler—a comparison that would be laughable were they not so offensive to Russians, who lost 26 million countrymen in World War II. It was also reckless, given Putin's broad popularity in Russia. But when confronted with this popularity, Obama replied, "Saddam Hussein had a 90 percent poll rating." He explained, "If you control the media and you've taken away everybody's civil liberties, and you jail dissidents, that's what happens." This view is deeply mistaken.

There is, of course, much to fault in Putin's Russia, and both Obama and Clinton were subject to nastiness from Moscow. But it is undignified and unwise for a U.S. president to disparage not just a foreign leader but his entire country in the way that Obama did. The urge to answer taunts in kind cannot overpower regard for Russian public opinion, and so confirm the Russian media's portrayal of America as ignorant and arrogant. It seemed clever when Hillary Clinton pounced on Trump as "Putin's puppet." But apparently it didn't resonate much with ordinary Americans, who elected Trump, and neither does the pettiness and demonization of Putin resonate with ordinary Russians.

These ordinary Russians are the forgotten people—the hard-working teachers, doctors, and mechanics whose savings, careers, even health were destroyed by the catastrophe of the 1990s. They are the fledgling voters who saw their new democracy bought and sold by Yeltsin and his cronies, and the onetime admirers of the United States who longed for a leader to restore their pride in Russia after a decade of humiliation. Under Clinton, the United States treated Russia like a defeated enemy and capitalized on its weakness to expand NATO. Claims that this was merely a defensive expansion were belied by NATO's bombing of Serbia, a Russian ally, in 1999. Under President George W. Bush, the United States further intimidated Russia by abrogating the Anti-Ballistic Missile Treaty, imposing punitive tariffs, launching a reckless invasion of Iraq, continuing to expand NATO, and further encircling Russia by cozying up to Georgia and Ukraine.

It is thus unsurprising that in 2008, Russia hit back, answering a Georgian strike in the disputed region of South Ossetia (which killed some Russian peacekeepers) with a crushing counterblow. For finally pushing back, Putin's approval rating soared to nearly 85 percent—the highest it would reach until Crimea's annexation in 2014.

HOW NOT TO PROMOTE DEMOCRACY

This is the Russia that Obama inherited in 2009: prideful, angry, and in no mood for the sanctimony that came with the new administration's stress on democracy promotion. They had seen Bill Clinton ally with a corrupt Yeltsin to make a mockery of their new democracy. They had fumed as Vice President Dick Cheney faulted Russian democracy while praising that of Kazakhstan. And they heard their country criticized for interfering in the affairs of weaker neighbors, even as NATO was expanding right up to Russia's borders, and the United States was launching an invasion of Iraq in the name of democracy promotion that would set the Middle East aflame. Not surprisingly, the Russian media ever more frequently paired the term "double standard" with America.

Thus it may have been unwise for the Obama administration to pursue democracy promotion as brashly as it did, criticizing Russian elections and encouraging Putin's opposition. This carried a whiff not only of hypocrisy but of danger, too, appearing, as it did to many within Russia, as a threat to destabilize Putin's rule. Democracy promoters may draw a distinction between policies aimed at advancing NATO and those aimed at advancing political liberalization in Russia and other former Soviet states—emphasizing that Obama enacted the latter but not the former. But Putin's skepticism was easy to understand given the West's record of undermining Moscow's allies, as in Serbia, Georgia, and Ukraine, and

then seeking to anchor their new regimes in the Western political and military blocs. As a senator, too, Obama was an early supporter of Ukraine joining NATO, and preparations for Ukraine's integration with NATO continued throughout his presidency. Hillary Clinton also advocated a NATO "open door" for Ukraine, and then incurred Putin's wrath by pushing humanitarian intervention (which soon turned into regime change) in Libya. So her demand for "a full investigation of all reports of fraud and intimidation" in Russia's 2011 elections was most unwelcome. Michael McFaul, an expert on democracy promotion and longtime critic of Putin, was a particularly provocative choice for new Obama's ambassador to Russia in 2012.

Neither should righteous indignation at Putin's post-election crackdown prevent rethinking of the targets as well as the tools of American public diplomacy. Some fault the focus on Russia's liberal opposition, a small number of Moscow-centered activists who best reflect U.S. values. Many of them are discredited in the eyes of the Russian majority: for their earlier support of Yeltsin's regime, for their disparaging of the widely admired Putin, and for their reflexive backing of U.S. policies—such as NATO expansion—even when they clash with Russian interests. They appear, in a word, unpatriotic. They are earnest, articulate, and highly admirable. But even if they weren't stigmatized by Putin—or tarred by identification with the 1990s—they embody liberal-cosmopolitan values alien to most conservative-national Russians. And while this makes them appealing to the West, it also makes them a poor bet as the focus of democracy-promotion.

Consider the case of Pussy Riot, the feminist-protest rock group, some of whose members were convicted of hooliganism in 2012 for staging a protest in Moscow's Church of Christ the Savior—profanely mocking not only Putin but also the Russian Orthodox Church and its believers. Both activists and state officials in the United States praised Pussy Riot and demanded their release. Yet basic decency—and regard for the values and traditions of others—would suggest that hailing Pussy Riot as champions of free speech was disrespectful of Russia. It was also insensible if the United States is interested in cultivating sympathy among Russians, some 70 percent of whom identify as Orthodox believers. Russia is a conservative society that viewed the years of Yeltsin's rule, and its onslaught of pornography and promiscuity, with horror. In polls, only seven percent of Russians said that political protest was permissible in a church, and only five percent agreed that Pussy Riot should be released without serious punishment. Surely the sensibilities of ordinary Russians deserve as much regard as those of a minority of cosmopolitan liberals. And hectoring by the West will hardly ease traditional Russian homophobia. Indeed, the outcry on behalf of Pussy Riot likely strengthened popular support for the notorious 2013 law against "propaganda of nontraditional sexual relations."

Russians see a double standard in U.S. judgments about their country—a prosecutorial stance that criticizes Russia for behaviors that go unnoticed in other countries. For example, The Washington Post has closely covered Russia's anti-LGBT policies but has paid scant attention to the same in countries such as Lithuania, Georgia, and Ukraine, and when it has it has suggested that Russia is to blame for exporting its anti-gay beliefs. Since 2014, the Western media has similarly reported on Moscow's alleged propaganda onslaught, while largely ignoring the brazen purchase of positive publicity by countries such as Azerbaijan, Kazakhstan, and Ukraine. This is not the usual lobbying or public relations but the funding of ostensibly independent research on a country by that country itself—paying for upbeat election reports and other assessments by such groups as the Parliamentary Association of the Council of Europe.

Americans rarely hear of such activity, even as alarm over Moscow's subversion nears hysteria. A recent U.S. intelligence report on Russian meddling in the 2016 U.S. presidential election warned of "a Kremlin-directed campaign to undermine faith in the U.S. govern-

ment and fuel political protest." Yet a key culprit is the news channel RT (which has a miniscule share of the U.S. audience), on the grounds that it runs "anti-fracking programming highlighting environmental issues" and "a documentary about the Occupy Wall Street movement [that] described the current U.S. political system as corrupt." In fact, unlike the 2014 Maidan occupation in Ukraine, which was actively supported by some U.S. and EU officials, Russian diplomats carefully kept their distance from the 2011 Occupy Wall Street protests.

DEMOCRACY PROMOTION

Another double standard, ignored by the U.S. media but noted overseas, was Obama's denunciation in 2014 of the Crimea secession referendum that preceded the peninsula's annexation by Russia. Rejecting parallels between Crimea's secession from Ukraine and Kosovo's 2008 secession from Serbia-which the West supported but Russia, along with Serbia, rejected as illegitimate-Obama said that Kosovo only seceded "after a referendum was organized ... in careful cooperation with the United Nations and with Kosovo's neighbors. None of that even came close to happening in Crimea." In fact, none of that even came close to happening in Kosovo. There was no referendum at all-just a vote by Kosovo's Albanian-majority parliament. As for cooperation with the neighbors, Serbia desperately opposed Kosovo secession; Bosnia-Herzegovina, Romania, and Slovakia still have not recognized Kosovo; and others, such as Bulgaria, Croatia, and Hungary, only agreed under Western pressure.

Such a factual error-belief in things that never occurred, yet are cited as legal justification to dismember a country-is worrisome regardless. It also highlights an illusion about the free, democratic choice facing countries in central and eastern Europe as they are tugged between Washington and Moscow. In fact, the freedom of their choice belies the powerful political and economic levers employed to pry these countries away from Russia. As noted above in the case of the Kosovo referendum, Kosovo's neighbors were pressured by the United States and NATO to recognize the region's secession from Serbia. In fact, carrots and sticks have been continually applied to the countries of eastern Europe to encourage the policies desired in Brussels, Berlin, and Washington, D.C. When eastern Europeans grew concerned about the higher than expected costs of joining the EU-or about the backlash that NATO expansion was provoking in Russia-accession was sweetened for political and business elites while the masses were sometimes sidestepped with popular referenda replaced by simple parliamentary votes. Occasionally Brussels and Washington pulled in opposite directions, as with the International Criminal Court-backed by the EU but opposed by the Administration of George W. Bush. In this, as in other cases, the countries of central Europe exercised their supposedly free choice under enormous political and economic pressure.

Nobody argues that joining the Russia-led Eurasian Economic Union would benefit most countries more than the EU. (NATO is another matter, as the costs of Russian backlash now rival any security benefits from further expansion.) The point is simply to grasp the legitimacy in Moscow's perspective-that expansion of the Western blocs is not an organic, democratic process but, rather, one engineered by the United States and its allies, and motivated as much by power as by principle. The West must also see the costs to the countries involved (and to its own alliances) in a payoff-driven, elite-centered process that shortchanges the concerns of majorities and is in key ways undemocratic. Long before the Syrian refugees crisis soured them even further, support for the EU in central Europe had already fallen because the costs were much higher than expected, whereas the benefits seemed mainly to reward a wealthy business elite.

As an example of this dynamic, consider the case of Moldova, where the EU has suppor-

ted local pro-European parties to help this desperately poor country toward accession. Few in the West read much about the country until a spate of headlines last November, such as the Telegraph's announcement: "Pro-Russia Candidate Wins Moldova Election." Spinning this result in terms of geopolitics was misleading. The election had turned largely on domestic issues, such as corruption and the economy. Ordinary Moldovans worried that EU accession would mainly benefit elites, and Moldova's pro-EU Liberal Democratic Party was reeling from a scandal in which party leaders funneled \$1 billion-half the reserves of the Moldovan National Bank-into private bank accounts. But just as in the cases of similar elections in Bulgaria and Montenegro, U.S. media focused on the struggle for influence with Moscow. Indeed, Montenegro casts all of these issues into sharp relief. This is a country whose secession from Serbia the United States encouraged-for geopolitical goals, to weaken the Serbian leader Milosevic-by backing the epically corrupt boss Milo Djukanovic. Now, a decade later, Djukanovic's Democratic-Socialist party exploits similar geopolitical tensions to engineer Montenegro's accession to NATO-a step of doubtful benefit to either the alliance or Montenegro, provocative to Russia, and one that buttresses a deeply corrupt, patronage-based regime. This focus on geopolitical threats, however, obscures the bigger socioeconomic one: pluralities or even majorities in many eastern European countries now believe that life was better under communism. Such alienation drives anti-EU sentiment in those countries and empowers demagogues like Hungary's President Viktor Orban-not some nefarious influence from Vladimir Putin but deep economic inequality and the manifest failings of European integration.

Western understandings of the conflict in Ukraine show a similar bias. Recall that the crisis erupted in 2013 when President Viktor Yanukovich balked at the EU's harsh accession terms and opted instead to align with Russia. And he was ousted in a revolt that America and the EU openly cheered. No matter how corrupt his rule was, he was elected democratically and had acted constitutionally in making his decision. (In fact, he was elected in 2010 because the previous pro-EU government had proved both corrupt and incompetent.) But in 2014, as the protests in Ukraine grew, the United States decided to abandon a power-transition deal that it had agreed upon with Russia, and instead supported the protests calling for Yanukovich's ouster, which essentially turned into a coup. But this quickly boomeranged, as the Russians concluded that if the West could support an unconstitutional seizure of power in Kiev, then they could hold an unconstitutional referendum in Crimea or support an unconstitutional seizure of power in Donbas. There was a compromise path, but treating Ukraine as something to be yanked from Russia's orbit-which raised the specter of NATO again as well as loss of their centuries-old Crimean naval base-made Putin's choice to hit back an easy one.

Of course this hardly justifies the savagery that Russia has abetted in fighting over the Donbas. But U.S. and EU actions helped spark the conflict by treating Ukraine as a prize to be grabbed, rather than as a linguistically and ethnically divided country in which Russia has legitimate interests. Western policies recklessly ignored these interests and needlessly raised the stakes. As seen, some officials stressed a NATO "open door" for Ukraine while the likelihood of rapid EU accession was exaggerated as well. Before the war, Ukraine had an annual income-per-capita of \$4,000, on par with Albania and Kosovo, and in corruption surveys it ranked below Russia and on the same level as Nigeria. Today, after an Association agreement, billions in aid, and three years of EU-mandated reforms, Ukraine is still a corrupt, bankrupt mess-highlighting how unprepared it was for EU accession, how heavily it depended on Russian trade and subsidies that are now lost, and how unwise it was for Western leaders to push an either-or choice on Kiev.

THE ART OF THE DEAL?

In the latest corruption surveys, Ukraine still ranks below Russia. Scandals erupt daily,
18/20

with an economic drain greater than the conflict in Donbas. Ukraine's pro-EU President Petro Poroshenko has a 17 percent approval rating, lower than the pro-Russian Yanukovich's 28 percent on the eve of his ouster in 2014. Ironically, this means that the pro-Russian Yanukovich was the most popular Ukrainian president of this century. And in the latest poll finding, only 41 percent of Ukrainians still support the EU Association Agreement, the rejection of which sparked the Maidan revolution in the first place. It is trends like these, along with a right-wing turn in Western European states that erodes their patience and generosity with troubled eastern neighbors, that should trouble EU leaders. Instead, across the region, Europeans are on high alert for Russians spreading anti-Western news, supporting anti-Western politicians, and deploying an army of anti-Western internet trolls.

Yet for all the paranoia about Russian subversion, crisis is more likely to come from elsewhere, such as an unraveling of fragile Bosnia leading to a clash between Serbia and NATO. Or it could be Moldova, with the nationalist majority renewing a push to unite with their Romanian kin, thereby reviving conflict with the Russian minority. Hungary could leave the EU, delivering a critical blow to European unity. Or Ukraine could simply collapse of its own corrupt, bankrupt weight.

Yet Ukraine could also be where America and Russia begin repairing ties. The Russian economy is weak-incomes are down a third since 2013-and relief from Western sanctions is sorely needed. Europe, too, cries for the revival of normal trade with Russia. A deal between Russia and the West would build upon the stalled Minsk Accords. Moscow would withdraw from the Donbass and restore Ukraine's eastern border, and Kiev would grant local self-rule to this Russian-speaking region. Russia would, in turn, get a commitment from NATO not to incorporate Ukraine, and Ukraine would get a treaty guaranteeing its territorial integrity as well as military aid. Kiev would also gain major Western investments, while benefitting enormously from restoration of trade with Russia.

Purists will call such a deal a betrayal, as it would be a de facto recognition of the Russian annexation of Crimea. But the best is the enemy of the good. Moscow will not allow Crimea to be snatched away again, as it was in 1954, after nearly 200 years as part of Russia. And by democratic rights, it shouldn't-the fact is that a large majority of Crimeans want to remain with Russia. Ukraine, moreover, would benefit from peace and investment, instead of diverting more resources into conflict. Normal political and trade ties with Russia would also benefit Europe as a whole, helping to slow and maybe to reverse the current slide toward dissolution. Continuation of the status quo, by contrast, only exacerbates crisis.

WILL THE REAL VLADIMIR PUTIN PLEASE STAND UP?

A diplomatic breakthrough between Russia and the West on Ukraine-or on Syria, or other major issues-will also require firm agreement on non-interference in each other's domestic affairs. Such diplomacy would test the mettle of the Trump administration's foreign-affairs neophytes, but the greater unknown is Putin. A majority of the U.S. political elite believes that no deals are possible because Putin is irremediably hostile. Whether they attribute that hostility to ideology (an ingrained KGB worldview) or corruption (an illegitimate regime that needs a foreign enemy to distract its people from domestic woes), many American policymakers believe that Putin simply has no interest in peace with the West. In their view, he is bent on expansion and will gladly endure sanctions as the price of fomenting discord in the West.

Another group of policymakers is also skeptical of Putin, but do not blame him alone for the deterioration of relations. Many of these analysts opposed NATO expansion from the

outset, for the same reasons that Kennan did-because it would become a self-fulfilling prophecy. These experts also criticize the United States' misadventures in Iraq and Libya, failure to respect Russia's red lines on expansion into Georgia and Ukraine, and petty demonization of Putin. Yet they mainly stand with the first group now in believing that containment, not cooperation, is what the West must practice, because Putin's recent actions threaten the postwar liberal order.

A third group of analysts-the realists, who make up a minority of the foreign-policy establishment-reply that Putin does not threaten the entire postwar liberal order but only challenges the post-Cold War U.S.-dominated order that consistently ignores Russia's interests. They wonder how some can admit the folly of NATO's continual expansion and fault the many double standards in U.S. policy but not agree that America must meet Russia halfway. Like realists such as Kennan or Hans Morgenthau, who early warned against the folly of Vietnam, they are sometimes derided as weak (or Putin apologists) for cautioning against inflating foreign threats while ignoring the United States' domestic weaknesses.

These realists argue that the early Putin prioritized market economic reforms and good relations with the West, yet saw his open hand met by the clenched fist of the George W. Bush-era neoconservatives. And Obama, reset or no, continued efforts to expand the Western economic and military blocs that had started under Clinton in the 1990s. In other words, for over two decades, whether motivated by residual Cold War mistrust or post-Cold War liberal hegemonism, America has steadily pushed Western military and political-economic power deeper into Russia's backyard. If history teaches anything it is that any great power will, when facing the continued advance of a rival, eventually push back. And much as Obama-Clinton defenders dislike being reminded of it, any chance of America's post-Cold War power being seen as uniquely benign ended in Serbia, Iraq, and Libya.

It may be that both sides are correct-that two decades of ignoring Russia's interests have abetted Putin's embrace of a deep-seated anti-Americanism and that a new détente is impossible. Or it may be that Putin is not innately hostile, but rather a typical strongman: proud and spiteful, but not uniquely corrupt or cruel, and capable of embracing a cooperative position if he finds a partner skilled enough to forge a deal respecting both U.S. and Russian vital interests. The only thing not in doubt is that both America and Russia-indeed, Europe and the wider world-badly need that détente.

Robert David English is Associate Professor of International Relations, Slavic Languages & Literature, and Environmental Studies at the University of Southern California.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern